



Medium RP Online - Online

Thema Energiepreise

Ausgabe 06.11.2022

Viele neue EU-Gesetze geplant

Die Brüsseler „Monsterwelle“ rollt

6. November 2022 um 14:52 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Brüssel. Händeringend verlangen nationale Regierungen von der EU Wege, die hohen Energiekosten für Bürger und Unternehmen zu dämpfen. Doch zugleich arbeitet die Kommission an einer Fülle neuer Vorschriften, die neue Belastungen mit sich bringen.

Wenn Max von Elverfeldt in Weeze auf seine Felder schaut, dann sieht er übers Jahr Kartoffeln, Dinkel, Rüben, Bohnen, Erbsen, Raps, Roggen, Braugerste, Weizen, Mais und Grünland. Die ganze Vielfalt der niederrheinischen Landwirtschaft. Wenn er jedoch in die Zukunft blickt, sieht er schwarz. „Wenn das so kommt, dann kann ich dicht machen“, meint der Landwirt vom Gutsbetrieb Kalbeck. Und dabei bezieht er sich nicht auf die immens gestiegenen Energiekosten. Die abzufedern, hat sich auch die EU-Kommission auf die Fahnen geschrieben. Er meint die neuen EU-Gesetze, an denen dieselbe Kommission mit Hochdruck arbeitet. Sie bedeuten mitten in der Krise durch Krieg, Klima, Inflation und Energiekosten neue Belastungen. Nicht nur für Landwirte. Auch für Betriebe, Hausbesitzer, Mieter. Und zwar jenseits der Schmerzschwelle.



Da ist etwa die neue Gebäuderichtlinie als Teil des ehrgeizigen Klimaschutzprogrammes. „Gebäude sind der größte Energieverbraucher in Europa“, stellt Energie-Kommissarin Kadri Simson fest. Und weil sie 40 Prozent der Energie verbrauchen und 36 Prozent der Treibhausgasemissionen verursachen, will die EU hier massiv reingrätschen, um den Kontinent bis 2050 klimaneutral zu kriegen. Nach den Vorstellungen der Kommission sollen bereits ab 2030 nur noch emissionsfreie Neubauten zugelassen werden, die am schlechtesten isolierten 15 Prozent aller Bestandsgebäude bereits 2027 eine ganze Energieklasse besser gemacht worden sein. Damit kämen Milliarden-Belastungen für Hausbesitzer schon in kürzester Zeit zu.

Der Hausbesitzerverband schätzt, dass in vielen Fällen eine Sanierung nichts bringt und nur noch abgerissen und neu gebaut werden kann. Europaweit stünden 40 Millionen Gebäude vor dem Aus, Deutschland wäre mit drei Millionen Gebäuden betroffen. Und drastische Konsequenzen sieht mit dem Sanierungsbedarf gerade alter Wohnungen auch der Mieterbund auf die Bewohner zukommen. Den Vermietern entstünden hohe Kosten, die sie auf die Miete umlegen würden. Die Folge: „Die Mieten steigen.“

Der Rat der Energieminister hat den Vorschlag der Kommission zwar deutlich entschärft und will das Upgraden der klimaschädlichsten Gebäude nur für öffentliche und kommerziell genutzte Gebäude für 2027 festschreiben. Bis 2033 sollen alle anderen folgen - aber um gleich mehrere Energieklassen. Zudem läuft jetzt das Gerangel hinter den Kulissen. In den anstehenden Verhandlungen zwischen Parlament und Rat unter Vermittlung der Kommission soll doch wieder mehr Ehrgeiz in die EU-Gesetzgebung - und damit höhere Kosten für Gebäudebesitzer und -nutzer.

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU- und CSU-Abgeordneten im Europa-Parlament, Markus Pieper, „passen die Pläne nicht in die Zeit“. So richtig verbindliche CO2-Verpflichtungen für die EU-Länder seien, so falsch sei eine Brüsseler Detailregulierung für Gebäude. „Die Länder wissen besser, welche Kosten für welche Renovierungspflichten entstehen“, sagte Pieper unserer Redaktion. Brüsseler Bürokratie würde hingegen die Energiewende für Haushalte und Unternehmen verteuern.



In ihrem Arbeitsprogramm für den Rest der Legislaturperiode hat die Kommission gerade noch einmal bekräftigt, bis zu den Wahlen 2024 noch 43 neue Vorhaben umzusetzen. Der ursprüngliche Vorsatz, für jede neue Bestimmung eine alte zu streichen, ist dabei unter die Räder gekommen. Nur bei den Schallemissionen zu zivilen Flugzeugen und bei den Typengenehmigungen im Übergang von Pkw der Klasse Euro 5 auf Euro 6 sollen alte Vorschriften wieder einkassiert werden. Für diese Woche ist zudem das Konzept für Euro 7 vorgesehen - mit neuen Auflagen für Autos und Kleintransporter.

In der Gesetzespipeline weit vorangekommen ist auch die angekündigte Nachhaltigkeitsberichterstattung mit neuen Pflichten für Unternehmen. „Die EU macht in ihrer Bürokratiemanie weiter, als gäbe es keine Wirtschaftskrise“, kritisiert Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik. Seine Befürchtung: „Auf Familienunternehmen kommt eine Monsterwelle bürokratischer Anforderungen mit hohen Kosten, vor allem aber ohne nachhaltigen Sinn zu.“

Allein die geplante Nachhaltigkeitsberichterstattung umfasse mehr als 2000 einzelne Berichtspflichten. Das sei „nicht mehr handhabbar“. Die Anlaufkosten für jeden Betrieb bezifferte die Kommission selbst mit 100.000 Euro. „Die Familienunternehmen wollen mit Innovationen nachhaltig wirtschaften, das gelingt nicht, wenn wir Kapazitäten mit überbordender Regulierung binden“, hält Kirchdörfer fest. Deshalb sei ein „sofortiger Belastungsstopp auf EU-Ebene“ nötig. Dazu gehöre auch, das EU-Lieferkettengesetz auf Eis zu legen.

Ganz anders sehen das die Europa-Grünen. Die aktuellen Krisen hätten auch deshalb ein dramatisches Ausmaß erreicht, weil der grüne Umbau der Wirtschaft in der Vergangenheit nicht entschlossen genug erfolgt sei, meinen Fraktionschefin Terry Reintke und Binnenmarkt-Expertin Anna Cavazzini. Mehr denn je sei es jetzt Zeit, die Anstrengungen zu verdoppeln und mit einer ambitionierteren EU-Gesetzgebung schneller aus der Krise herauszukommen.

Am Niederrhein sollte sich also Landwirt von Elverfeldt warm einpacken. Aber als Vorsitzender des Bundesverbandes der Familienbetriebe Land und Forst weiß er, dass es vielen anderen genauso geht. Er spricht für 2000 Betriebe. Komme das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, bedeute dies allein für NRW, dass 40 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Flächen nur noch beschränkt genutzt werden könnten, bis zu 40 Prozent der Waldflächen gar nicht mehr. Und mit der Nachhaltigkeitsgesetzgebung kämen weitere Auflagen beim Pflanzenschutz hinzu, die einen Ertragsrückgang um bis zu 50 Prozent erwarten ließen. Auch der Öko-Landbau sei davon massiv betroffen.